



Karsten Kläge

Demokratie vor Ort stärken

Die Arbeit der Mobilen Beratung am Beispiel Brandenburgs

Wer im Gemeinwesen Beteiligung erlebt, Vertrauen in Verfahren gewinnt und Konflikte konstruktiv austrägt, erfährt Demokratie als gestaltbare Realität – nicht als abstraktes Ideal. Gerade in politisch aufgeladenen Zeiten steht diese demokratische Kultur unter Druck: Polarisierung, Desinformation und antidemokratische Bewegungen fordern das Vertrauen in Institutionen heraus. Um demokratische Kräfte zu stärken und kommunale Handlungssicherheit zu fördern, wurde in den 1990er Jahren das Konzept der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Brandenburg entwickelt – ein Ansatz, der heute bundesweit etabliert ist.

In der Not geboren, strukturell gereift

Die 1990er Jahre waren in Deutschland geprägt von einer Welle rechtsextremer Gewalt: Brandanschläge auf Asylbewerberheime, Angriffe auf Migrantinnen und Migranten, Einschüchterung politisch Andersdenkender. Neben den vielen Opfern dieser Gewalt erlitt auch das demokratische Miteinander schwere Schäden. In den neuen Bundesländern wurden die zügellosen rechtsextremistischen Ereignisse durch noch wenig ausgeprägte Zivilgesellschaften und überforderte Verwaltungen verschärft. Es fehlten erprobte Strukturen, um auf die neue Dimension rechtsextremer Gewalt zu reagieren.

Mit dem 1998 verabschiedeten Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie“ entwickelte das Land als erstes Bundesland eine umfassende Strategie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Kernidee war die Förderung einer aktiven demokratischen Zivilgesellschaft: Neben verstärkter staatlicher Repression gegen Rechtsextremismus sollten Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es gesellschaftlichen Akteuren ermöglichen, Ideen, Projekte und öffentliche Zustimmung für ein gewaltfreies Brandenburg zu fördern. Im Zuge des „Toleranten Brandenburgs“ wurden bisher eigenständig agierende Beratungsangebote zu einem Beratungsnetzwerk zusammengefasst. Zum Netzwerk gehören heute: die Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg, demos Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung (Träger der Mobilen Beratung), die Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA), die Opferperspektive, die Fachstelle Antisemitismus, die Fachstelle Islam, das Aktionsbündnis Brandenburg und die Brandenburgische Sportjugend.



Abb. 1: Logo Tolerantes Brandenburg

Sechs Regionale Büros für Integration und Toleranz decken heute alle Landkreise ab. Hier arbeiten die Mobilen Beratungsteams (MBT) und die Regionalreferentinnen und -referenten der RAA eng zusammen. Die Mobilen Beratungsteams unterstützen landesweit bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, gesellschaftlichen Konflikten und demokratiefeindlichen Tendenzen. Sie reagieren auf konkrete Anfragen und kommen dorthin, wo Menschen Unterstützung brauchen. Ziel ist es, Menschen, Initiativen und Kommunen in ihrem demokratischen Engagement zu stärken.

Die RAA Brandenburg fördert landesweit demokratische Bildung und gesellschaftliche Vielfalt, indem sie Schulen, Verwaltungen und zivilgesellschaftliche Akteure berät und fortbildet. Mit spezialisierten Fachstellen – etwa zur Islamismusprävention und zum Umgang mit antimuslimischem Rassismus – unterstützt sie präventiv sowie in akuten Fällen den Aufbau einer offenen, inklusiven Gesellschaft in Brandenburg. Das in Brandenburg entwickelte Konzept der MBT ist heute in allen Bundesländern etabliert. Über den Bundesverband Mobile Beratung erfolgt ein bundesweiter Austausch. Das Konzept der RAA ist ebenso in einigen Bundesländern etabliert, wenn auch weniger homogen als die MBT. Koordinierungsstellen, wie das des „Toleranten Brandenburgs“, finden ihr Äquivalent in anderen Bundesländern als „Landesdemokratiezentrum“. Die Finanzierung erfolgt zum Großteil über das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ sowie über die Haushalte der Länder.

Rechtsextremismus vor Ort – Bedrohung für das Gemeinwesen

Rechtsextremismus gefährdet kommunale Demokratie auf unterschiedlichen Ebenen: Jugendclubs werden eingeschüchtert, rechtsextreme Kader übernehmen Vereinsämter, Freiwillige Feuerwehren werden infiltriert, „Reichsbürger“ bedrohen Mitarbeitende in Verwaltungen. Besonders auf lokaler Ebene treffen solche Dynamiken auf alltägliche Nähe – und fordern demokratische Strukturen heraus.



Ideologische Strömungen und aktuelle Entwicklungen

Das rechtsextreme Spektrum ist vielgestaltig, doch zwei Strömungen prägen es besonders: Neonationalsozialismus und Neue Rechte. Neonationalsozialistische Gruppen beziehen sich direkt auf Ideologie, Symbolik und Rhetorik Nazideutschlands. Sie organisieren sich entweder parteiunabhängig in Kameradschaften, Kampfsportgruppen oder im Falle von Brandenburg in Parteien wie „Die Heimat“ (ehemals NPD) oder „Der III. Weg“. Ihre Hochphase lag in den 1990er und 2000er Jahren. Heute sind viele ihrer Strukturen durch staatliche Repression und gestärkte Zivilgesellschaft geschwächt, aber nicht verschwunden.

Die Neue Rechte gibt sich intellektueller und strategischer. Ihr ideologisches Fundament bildet der sogenannte Ethno-pluralismus – ein Konzept, das kulturelle Unterschiede als naturgegeben und unüberwindbar interpretiert und damit ethnisch homogene „Kulturräume“ propagiert. Hinter dem vermeintlichen Bekenntnis zu „kultureller Vielfalt“ verbirgt sich die Ablehnung von Migration, Integration und gesellschaftlicher Pluralität – letztlich ein völkisch-nationalistisches Weltbild in neuer Sprache.

Parteipolitisch findet diese Strömung ihren Ausdruck in der Alternative für Deutschland (AfD). Deren Brandenburger Landesverband wird vom Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestuft. Mit Wahlergebnissen von durchschnittlich ca. 26 % bis weit über 40 % bei den Kommunalwahlen 2024 ist die Partei in nahezu allen kommunalen Vertretungen präsent und teils stärkste Fraktion. Vor Ort beobachten wir, wie diese Präsenz zu Verunsicherung, Polarisierung und einer spürbaren Verrohung der politischen Kultur führt. Ehrenamtliche Mandatsträgerinnen und Mandatsträger berichten, dass die Arbeit „keinen Spaß mehr macht“ oder sie sich aus Angst vor Angriffen zurückziehen.

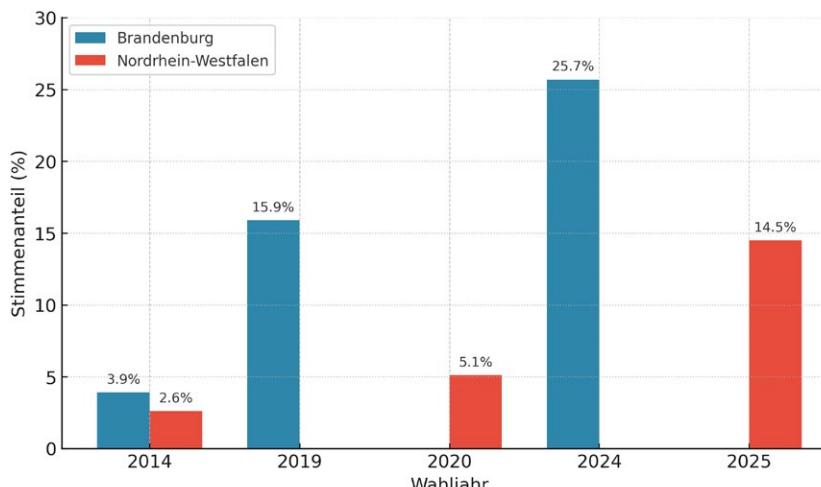


Abb. 2: Wahlergebnisse der AfD in Brandenburg und Nordrhein-Westfalen: Die Alternative für Deutschland – eine Herausforderung nur im Osten? (Quelle: BRB: <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/kommunalwahlen-brandenburg>; NRW: <https://www.wahlergebnisse.nrw/>, eigene Darstellung)

Zunehmend beschäftigen uns Jugendliche mit rechtsextremen Haltungen. In manchen Milieus erleben wir, dass rechtsextreme, nationalsozialistische Symbolik und Onlinepropaganda wieder „anschlussfähig“ erscheinen. Das löst bei vielen vor Ort große Verunsicherung aus. Gleichzeitig beobachten wir eine Form von entgrenztem Rechtsextremismus, der sich klassischen Kategorien entzieht und schwerer greifbar ist. Das macht einfache Abgrenzungsstrategien schwierig. In Brandenburg sowie in Deutschland allgemein wird seit einigen Jahren wieder ein Anstieg des rechtsextremistischen Personenpotenzials registriert (vgl. Abb. 3).

Rechtsextremistisches Personenpotenzial in Deutschland



Abb. 3: Personenpotenzial Rechtsextremismus (Quelle: Bundesministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 2024, eigene Darstellung)

Grundsätze der Mobilen Beratung

Die Mobile Beratung in Brandenburg ist ein lernendes System, das sich an den Bedürfnissen lokaler Akteure orientiert. Ihre Arbeit beruht auf vier Grundprinzipien: Vertrauen, Augenhöhe, systemisches Denken und Mobilität.

Vertrauen als Grundlage

Vertrauen ist die zentrale Währung erfolgreicher Beratung.

Deshalb arbeitet die Mobile Beratung vertraulich, kostenfrei und freiwillig. Beratung kann nur dann wirksam sein, wenn sie auf Eigeninitiative beruht. Aus der Erfahrung der 1990er Jahre wissen wir: Extern verordnete Unterstützung stößt meist auf Ablehnung. Erst wenn Akteure selbst erkennen, dass Handlungsbedarf besteht, beginnt der eigentliche Beratungsprozess.

Beratung auf Augenhöhe

Wir verstehen Beratung als kooperative Partnerschaft. Keine Kommune gleicht der anderen; jedes soziale Gefüge folgt eigenen Dynamiken. Standardisierte Lösungen führen deshalb selten zum Ziel. Unser Ansatz lautet: Hilfe zur Selbsthilfe. Gemeinsam mit den Beratungsnehmenden entwickeln wir



Strategien, die vorhandene Ressourcen aktivieren und lokale Handlungsspielräume erweitern – ohne moralischen Zeigefinger, aber mit klarer demokratischer Haltung.

Systemische Perspektive

Kommunale Konflikte sind nie isoliert zu betrachten. Sie entstehen aus dem Zusammenspiel verschiedener Akteure – Politik, Verwaltung, Bürgerschaft, Medien. Deshalb orientieren wir uns an der systemischen Beratung: Wir analysieren die Wechselwirkungen, bringen unterschiedliche Perspektiven zusammen und fördern gemeinsames Handeln. So werden aus punktuellen Interventionen dauerhafte Lernprozesse, die demokratische Strukturen stabilisieren.

Mobilität als Strukturprinzip

Brandenburg ist ein Flächenland – Beratung muss vor Ort stattfinden, nicht nur in zentralen Büros. Die sechs Regionalbüros sichern Präsenz und Nähe zu den Lebenswelten der Menschen. Wir sind aufsuchend, flexibel und reagieren schnell auf neue Herausforderungen. Diese räumliche Nähe ist kein organisatorisches Detail, sondern Ausdruck eines Verständnisses von Demokratiearbeit, das auf Vertrauen und Beziehung setzt.

Mobile Beratung in der Praxis

Die Mobile Beratung ist ansprechbar für die unterschiedlichsten lokalen und regionalen Akteure. In der täglichen Praxis erreichen uns Anfragen von politischen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern, Unternehmensverbänden, Gewerkschaften, Kirchen, Vereinen, Feuerwehren, Trägern der Jugendsozialarbeit und zivilgesellschaftlichen Bündnissen.

Die Unterbringung von Flüchtlingen sorgt für Aufruhr

Häufig sind akute Ereignisse Auslöser einer Beratungsanfrage. Eine Stadt plant, eine Flüchtlingsunterkunft zu errichten. Anwohnerinnen und Anwohner sind beunruhigt. Eine rechtsextremistische Gruppe tritt in Erscheinung und befeuert die Stimmung mit aggressiv rassistischen Parolen. Eine Willkommensinitiative gründet sich und hält dagegen. Die Presse hat sich angekündigt. In dieser Situation kontaktiert uns die Bürgermeisterin und will sich sowohl über die rechtsextreme Gruppe informieren als auch zur Beilegung der Aufregung beraten lassen. Unsere Beratung beginnt mit einem offenen Austausch: Wir hören zu, verschaffen uns ein Bild von der Situation. Welche weiteren Akteure sind beteiligt, welche betroffen? Welche Strukturen und Ressourcen sind im Ort vorhanden? Wir entwickeln dann gemeinsam mit den Menschen vor Ort individuelle Handlungsmöglichkeiten. Jeder Ort bringt andere Bedingungen und Dynamiken mit – deshalb arbeitet das MBT bewusst ohne Standardlösungen. Wir unterstützen dabei, die Kommunikation zwischen den demokratischen Akteuren gerade in angespannten Situationen im Gemeinwesen zu ermöglichen. Im konkreten Fall könnte ein Teil des Prozesses

sein, einen Bürgerdialog einzuberufen, den wir moderieren. Es geht darum, Prozesse anzustoßen und dranzubleiben – auch dann, wenn es mal schwierig wird.

Umgang mit „Reichsbürgern“ in der Verwaltung

In einer Kreisverwaltung häufen sich Konfrontationen mit sogenannten „Reichsbürgern“, die die Legitimität der Bundesrepublik leugnen. Mitarbeitende berichten von Drohungen und absurdem juristischen Schreiben. Wir informieren über Ideologie und Argumentationsmuster sowie bestehende Gruppierungen. Für Mitarbeitende besonders betroffener Abteilungen bieten wir Workshops an, trainieren deeskalierende Gesprächsstrategien und begleiten die Führungsebene bei der Entwicklung interner Handlungsrichtlinien.

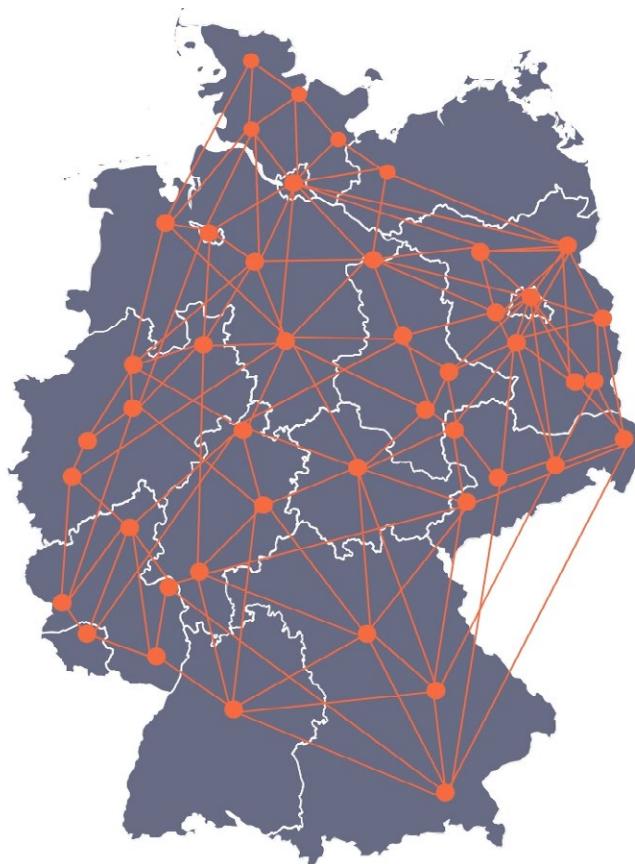


Abb. 4: Übersicht der im Bundesverband organisierten Mobilen Beratungen in Deutschland (Quelle: Bundesverband Mobile Beratung)

Engagement vor Ort aktivieren

Immer wieder begegnen wir Menschen, die sich in ihrem Ort engagieren wollen, aber noch nicht wissen, wie oder mit wem sie anfangen können. Häufig gibt es einzelne Personen, die Missstände wahrnehmen, Ideen haben oder einfach etwas Positives bewirken wollen. In solchen Fällen unterstützt die Mobile Beratung, indem wir Interessierte zusammenbringen, moderieren und begleiten, bis sich daraus ein handlungsfähiges lokales Netzwerk bildet. Gemeinsam klären wir, welche Themen im Gemeinwesen relevant und welche Akteurinnen und Akteure bereits aktiv sind, sowie



welche Ressourcen genutzt werden können. So entstehen aus einzelnen Impulsen tragfähige Initiativen, die ihren Ort lebendiger, vielfältiger und demokratischer gestalten. Oft ist es dieser Moment der Selbstermächtigung, in dem aus Engagement demokratische Kultur im Alltag wächst.

Die Rolle der RAA Brandenburg

Die RAA Brandenburg ist eine zentrale Partnerin der Mobilen Beratung. Sie berät Schulen, Verwaltungen und zivilgesellschaftliche Akteure, bietet Fortbildungen und Fachstellenarbeit in den Bereichen Integration, interkulturelle Bildung, Islamismusprävention und Antidiskriminierung. Während die Mobile Beratung stärker auf gemeinwesenorientierte Prozesse fokussiert, arbeitet die RAA mit einem bildungsorientierten Ansatz. In der Praxis ergänzen sich beide Ansätze: Wenn in einer Kommune rechtsextreme Vorfälle das Schulumfeld betreffen, begleiten wir den Prozess gemeinsam. Während wir den politischen und sozialen Kontext analysieren, bietet die RAA pädagogische und fachliche Unterstützung im schulischen Bereich. So entsteht eine ganzheitliche demokratische Beratung – von der Verwaltung bis ins Klassenzimmer.

Fazit: Demokratieberatung als Infrastruktur der Resilienz

Was in den 1990er Jahren als Reaktion auf akute Bedrohung entstand, hat sich in Brandenburg zu einer dauerhaften Infrastruktur demokratischer Resilienz entwickelt. Mobile Beratung, RAA und die weiteren Partner des „Toleranten Brandenburgs“ bilden heute ein fein abgestimmtes Netzwerk, das Kommunen, Initiativen und Verwaltungen stärkt. Demokratie braucht Orte der Begegnung, Strukturen des Vertrauens und Menschen, die vermitteln können, wenn der Dialog schwierig wird. Genau hier setzt die Mobile Beratung an: Sie macht Demokratie erfahrbar, gerade dort, wo sie infrage gestellt wird – und unterstützt diejenigen, die sie Tag für Tag gestalten. Die Anlaufstellen für Ihr Bundesland finden Sie auf der Website des Bundesverbands Mobile Beratung.

„Toleranten Brandenburgs“ bilden heute ein fein abgestimmtes Netzwerk, das Kommunen, Initiativen und Verwaltungen stärkt. Demokratie braucht Orte der Begegnung, Strukturen des Vertrauens und Menschen, die vermitteln können, wenn der Dialog schwierig wird. Genau hier setzt die Mobile Beratung an: Sie macht Demokratie erfahrbar, gerade dort, wo sie infrage gestellt wird – und unterstützt diejenigen, die sie Tag für Tag gestalten. Die Anlaufstellen für Ihr Bundesland finden Sie auf der Website des Bundesverbands Mobile Beratung.



Karsten Kläge

Mobiles Beratungsteam Trebbin, demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung; ehem. Mitarbeiter Transparency International Deutschland e. V.

Quellen:

- Bundesministerium des Innern (2024): Verfassungsschutzbericht 2024.
Hülsemann W./Kohlstruck, M. (Hrsg.), (2004): Mobiles Beratungsteam. Einblicke. Ein Werkstattbuch, Potsdam: Mobiles Beratungsteam Brandenburg (RAA Brandenburg e. V.).
Klein, M./Schubert, M. (Hrsg.), (2022): Demokratiefeindliche Realitätsflucht: Reichsbürger, Selbstverwalter, Verschwörungsgläubige, Potsdam: demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung Demokratie und Integration Brandenburg e. V.
https://tolerantes.brandenburg.de/startseite/aktuelle-meldungen.html?news=brandenburg_06.c.869593.de.
https://tolerantes.brandenburg.de/startseite/aktuelle-meldungen.html?news=brandenburg_06.c.888065.de.
<https://bundesverband-mobile-beratung.de>.

Sichern Sie sich den Schnellstart für Ihr Karrierejahr 2026!

Jetzt vhw-Fortbildung buchen und gut vorbereitet ins neue Jahr starten.



Nutzen
Sie Ihre
Chance!